

## **FPÖ-Kappel: „Umweltbelastung durch Kunststoffprodukte verringern!“**

Utl.: „Parlament stimmt heute über Reduktion von Einwegplastik ab“ =

Wien (OTS) - Das Europäische Parlament in Straßburg stimmt heute über eine Richtlinie zur Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt ab. Dadurch soll die Umweltbelastung durch Einwegplastik reduziert und gleichzeitig der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft mit innovativen und multifunktionalen Alternativen gefördert werden. Die freiheitliche Europaabgeordnete Dr. Barbara Kappel hat als Berichterstatterin die Stellungnahmen des Industrie- und des Finanzausschusses zu diesem Thema verfasst.

In Europa landen jährlich rund 150.000 Tonnen Plastikmüll in den Meeren, Tendenz steil nach oben, davon sind die Hälfte Einwegartikel und ein Viertel Fanggeräte. Plastikmüll wird immer mehr zur Bedrohung für Ökosysteme und Biodiversität, für die menschliche Gesundheit, für Tourismus, Fischerei und Schifffahrt. Das Müllproblem ist grenzüberschreitend, 18 der 20 größten Meeresverschmutzer sind Schwellenländer. Großangelegte Maßnahmen, um Müll aus den Weltmeeren zu filtern, sind kostspielig und derzeit noch wenig effektiv, deshalb sind Wege zu finden, damit Plastik erst gar nicht in die Meere gelangt. Das soll mit der vorliegenden Richtlinie erreicht werden.

„Die Richtlinie sieht vor, dass bestimmte Einwegkunststoffe verboten werden. Sinnvoll sind solche Verbote aber erst, wenn es für diese Kunststoffprodukte Alternativen gibt. Dabei soll es den Mitgliedstaaten überlassen werden, welche Instrumente sie zur Erreichung der Reduktionsziele anwenden. Ebenso soll sichergestellt werden, dass bis 2025 mindestens 90 Prozent der Getränkeflaschen gesammelt werden. Das System der Herstellerverantwortung soll ausgeweitet und neue Kennzeichnungsanforderungen für drei Produktkategorien eingeführt werden“, so Kappel.

All diese Maßnahmen sollen mithelfen, bis 2030 Umweltschäden in Höhe von 22 Mrd. Euro zu vermeiden und 2,6 Mio. Tonnen an CO<sub>2</sub>-Äquivalent einzusparen. Den Unternehmen entstehen dadurch Compliance-Kosten von zwei Mrd. und der Abfallwirtschaft von 510 Mio. Euro, während für die Verbraucher eine Ersparnis von 6,5 Mrd. Euro vorgesehen ist. „Keine Information liefert die Kommission über die

Durchführungskosten der erweiterten Herstellerverantwortung und deshalb ist hier ganz besonders auf das Prinzip der Proportionalität zu achten", erklärte Kappel.

~

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub  
01/ 40 110 - 7012  
presse-parlamentsklub@fpoe.at  
<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>  
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0186 2018-10-24/12:15

241215 Okt 18

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181024\\_OTS0186](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181024_OTS0186)